

## 15. Bremer Protesttag gegen Diskriminierung behinderter Menschen am 3. Mai 2007

*Der 15. Bremer Protesttag stand im Jahr 2007 unter dem Motto*

### **So will ich wohnen: Selbstbestimmt.**

*In seiner langjährigen Geschichte stieß die Themenwahl im Arbeitskreis Bremer Protest, einem Gremium aus Vertretern der Behindertenselbsthilfe und Behindertenhilfe, das für den Inhalt und Verlauf des Aktionstages verantwortlich zeichnet, immer auf breite Zustimmung. Doch in diesem Jahr wurde in der Vorbereitungsphase ungewöhnlich kontrovers diskutiert. Insbesondere ein großer Einrichtungsträger wandte sich vehement gegen die Idee einer öffentlichen und kritischen Auseinandersetzung mit dem Leben von behinderten Menschen in Heimen und distanzierte sich vom Bremer Protesttag. Ungeachtet dessen verfolgte der Arbeitskreis weiter das Thema, für das sich die Mehrheit seiner Mitglieder ausgesprochen hatte. Bremer Einrichtungsträger wie die Lebenshilfe und das Jugendgemeinschaftswerk stellten sich übrigens nicht nur der Diskussion, sondern unterstützen den AK Protest aktiv bei der Vorbereitung und Durchführung des 15. Bremer Protesttages.*

Anlass für die Themenwahl war die Bundesinitiative „Daheim statt Heim“, die am 1. Dezember 2006 startete. Silvia Schmidt, die Behindertenbeauftragte der sozialdemokratischen Fraktion, hatte mit weiteren Persönlichkeiten aus der Behindertenbewegung, aus Politik und Medien diese Initiative angestoßen.

„Daheim statt Heim“, das heißt für Menschen mit Behinderungen in ihrer eigenen Wohnung im selbst gewählten

und gewohnten Umfeld leben zu können. Zur Verwirklichung des gesetzlich normierten Wunsch- und Wahlrechtes müssen sie die nötige Unterstützung bekommen. Um dieses Ziel zu erreichen, fordern die Unterzeichner der Bundesinitiative einen Baustopp für neue Heime, den Abbau bestehender Heimplätze, den flächendeckenden Aus- und Aufbau individueller Unterstützungsangebote für ältere und behinderte Menschen, die Garantie der Wahlmöglichkeiten der Betroffenen, u.a. durch persönliche Budgets, die Gewährleistung des Grundsatzes „Daheim statt Heim“ in allen gesetz- und verwaltungstechnischen Regelungen auf allen Ebenen und in der Praxis sowie die Beteiligung der Betroffenen an dem Reformprozess nach der Devise „Nichts über uns ohne uns“.

In Anlehnung an die Initiative und deren Forderungen wollte der Arbeitskreis Bremer Protest am 3. Mai 2007 auf die Wohnsituation behinderter Menschen nicht nur aufmerksam machen, sondern auch eigene Positionen finden und Perspektiven für ein Daheim statt im Heim in Bremen entwickeln.

Nach mehrmonatiger Vorbereitung begrüßte der Moderator Patrick George vom Landesverband der Gehörlosen am Morgen des 3. Mai 2007 ca. 200 Gäste im Großen Saal der Friedensgemeinde. George berichtete von seiner Wohnsituation mit Ehefrau und zwei Kindern. Humorvoll stellte er fest, dass ihm seine Frau zwar manchmal wie eine Heimleitung vorkäme, doch letztlich könne er selbstbestimmt über alles entscheiden, was seine Wohnsituation im eigenen Haus betrifft. Ent-

scheidungen, die viele Heimbewohner nicht treffen könnten. Eine These, die in zwei Arbeitsgruppen näher untersucht werden sollte. Dazu gab es folgende Angebote.

- „Infobörse Wohnen“ veranstaltet vom Landesbehindertenbeauftragten, Selbstbestimmt Leben und dem Werkstattatrat
- „Und wo wohnst Du? – Sein in den eigenen vier Wänden von Henry Meyer (AK Bremer Protest)

Darüber hinaus gab es zwei weitere Veranstaltungen:

- „Protest sichtbar machen“ von Anja Stöver (Jugendgemeinschaftswerk)
- Videofilm: Verrückt nach Paris

In der ersten Arbeitsgruppe stellten behinderte Menschen vor, wie sie wohnen. Eine Frau berichtete vom Leben im Heim, zwei Rollstuhlfahrer von ihren Erfahrungen in der eigenen Wohnung. Einer der Männer lebte fast 20 Jahre im Heim und wechselte dann in die eigenen vier Wände. Ins Heim wolle er nie wieder zurück. Sein Appell an den anwesenden Staatsrat Dr. Joachim Schuster: „Behinderte Menschen brauchen ein Wahlrecht, wie sie wohnen möchten. Es muss endlich der Grundsatz ambulant vor stationär mit Leben gefüllt werden.“ Ein weiteres Problem in Bremen: Es gibt zu wenig barrierefreie, bezahlbare Wohnungen für Rollstuhlfahrer. Hier ist Politik weiter gefragt. Zahlreiche Fragen gab es im Laufe des Vormittags auch zum Thema persönliches Budget. Der Landesbehindertenbeauftragte Dr. Joachim Steinbrück gab erste Antworten ebenso wie der Staatsrat. Steinbrück kündigte an, im Laufe des Sommers eine Tagung zum persönlichen Budget auf den Weg zu bringen.

Kurioses war in der zweiten Arbeitsgruppe zu hören. Da habe man das Zimmer eines Bewohners einfach mal von der Heimleitung als Büro eingesetzt, da der eigentliche Arbeitsplatz gerade anderweitig gebraucht wurde. Andere Stimmen: „Wir versauern im Heim!“ oder „Ich habe keine Freiheiten dort, wo ich lebe!“ Doch auch Positives zum Heimleben war zu hören. So erklärte ein Teilnehmer der Arbeitsgruppe: „Meine Privatsphäre wird respektiert und ich fühle mich wohl im Heim.“

Um 12.30 Uhr versammelten sich alle noch einmal zu einer großen Runde im Saal. Hier berichteten die Leiter der Arbeitsgruppen vom Verlauf der Diskussion, den Ergebnissen und Forderungen. Es wurde klar, dass das Thema nur andiskutiert werden konnte und weiter ganz vorne auf der Tagesordnung der Bremer Behindertenbewegung stehen wird. Eine Sicht, die auch den anwesenden Vertretern der Presse mit auf den Weg gegeben wurde.

Die Kirchenglocken riefen um 13 Uhr die Teilnehmer des Protesttages auf die Straße. Mehrere hundert Demonstranten zogen während eines fast zweistündigen Marsches Richtung Kundgebungsplatz, dem Domshof. Ein Zwischenstopp erfolgte vor dem Bremer Hauptbahnhof, wo Dieter Stegmann von der Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe behinderter Menschen sprach: „Bremen hat gegenwärtig die höchste Heimdichte aller Bundesländer. Da muss endlich ein Umdenken stattfinden! Wir sind dafür, dass niemand gegen seinen Willen oder aus Kostengründen in einer stationären Einrichtung untergebracht werden darf.“ Stegmanns Forderungen: Mehr bezahlbare barrierefreie Wohnungen, mehr Plätze im betreuten

Wohnen als Vorstufe zu einem selbständigen Leben in den eigenen vier Wänden und mehr Assistenz zur Unterstützung von Menschen mit Behinderung.

Weitere Redebeiträge folgten am Ende der Demo auf dem Kundgebungsplatz. Wilhelm Winkelmeier beispielsweise lenkte den Blick noch einmal auf den Sonderfahrdienst. Im Sommer 2006 wurden die Zahlungen für Heimbewohner eingestellt. Doch der Widerstand der Behindertenselbsthilfe hat sich gelohnt. Seit kurzem haben Heimbewohner wieder Anspruch auf Leistungen. Winkelmeiers Appell: „Unser stetiger Protest hat zu beachtlichen Erfolgen geführt. Zu den besonderen gehört sicher der Landesbehindertenbeauftragte. Es lohnt sich zu kämpfen und auch in den nächsten Jahren Bremer Protesttage gegen Diskriminierung behinderter Menschen zu organisieren.“

Hans-Peter Keck  
*Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe  
behinderter Menschen Bremen e.V.*